

# GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

3/2017

März 2017

**Die internationale Solidarität wird immer wichtiger!**

## Heuchlerische Empörung des deutschen Imperialismus

**Faschisierung in der Türkei durch Erdogans brutale Repression gegen die kämpfenden Kurdinnen und Kurden und gegen jegliche demokratischen und revolutionären Kräfte, Vormarsch des reaktionären Trump-Regimes in den USA, wachsende Anhängerschaft der faschistischen Front National in Frankreich, Zunahme des polizeistaatlichen Terrors in Russland... Diese Liste ließe sich noch weiter fortführen.**

**Keine Frage: Die Empörung über diese Entwicklung der Faschisierung der Staatsapparate und faschistischer Organisationen, die solidarische Unterstützung der Protestbewegung dagegen in anderen Ländern der Welt ist richtig und notwendig. Darüber gibt es keinen Zweifel. Doch so berechtigt und richtig diese Empörung in Deutschland über die reaktionäre Entwicklung in anderen Ländern ist, bleibt doch die entscheidende Frage, wo die Empörung über die Faschisierung in Deutschland und über die Verbrechen des deutschen Imperialismus außerhalb Deutschlands bleibt.**

In den bürgerlichen Medien und bei den bürgerlichen Politikerinnen und Politikern sämtlicher Parteien bis hin zur Partei „Die Linke“ ist eine fast durchgehende und gut organisierte Heuchelei festzustellen. Diese misst offensichtlich mit „zweierlei Maß“, um sich in die Pose der kritischen Berichterstatter und Demokraten zu bringen und um den deutschen Imperialismus aus der Schusslinie zu nehmen bzw. zu beschönigen. Einige Beispiele zur USA Trumps:

1. Alle stimmen „empört“ in den Chor ein, der berechtigterweise den Bau einer Grenzmauer zwischen Mexiko und den USA ablehnt. Dass aber um die „Festung Europa“ unter zentraler Federführung des deutschen Imperialismus schon längst eine Mauer hochgezogen wurde, das ist dann zumeist nur eine Randnotiz in den deutschen bürgerlichen Medien, falls es überhaupt thematisiert wird. Hier handelt es sich um das mörderische Abschottungs- und Abschreckungsprogramm gegen Refugees vor allem aus Afrika. Jahr für Jahr werden Refugees zu Tausenden im Mittelmeer dem Ertrinken preisgegeben. In Ceuta und Melilla wurde vom EU-Staat Spanien, der in Afrika diese Kolonial-Exklaven besitzt, ganz direkt ein sechs Meter hoher Zaun gegen die Refugees errichtet. Gegen diese Mauer um Europa wird von den selben Herrschaften nicht einmal „Empörung“ vorgeheuchelt.

2. Gegen die rassistische Hetze des Trump-Regimes gegen Migrantinnen und Migranten,

insbesondere gegen muslimische Menschen, und gegen das Ende Januar verhängte Einreiseverbot gegen Menschen aus sieben sogenannten „vornehmlich muslimischen“ Staaten (Irak, Iran, Jemen, Libyen, Somalia, Syrien und Sudan) wird in Deutschland ebenfalls heuchlerisch „Protest“ simuliert. Denn so stark diese in der Tat und ohne Zweifel reaktionären Maßnahmen von deutschen bürgerlichen Medien, Politikerinnen und Politikern abgelehnt werden, so unkritisch und staatstragend wird die rassistische polizeistaatliche Provokationen am 31. Dezember 2017 in Köln beiseite gewischt oder gar verteidigt, bei der gezielt nach der rassistischen Methode des „racial profiling“ vermeintlich aus Nordafrika stammende Männer aus Bussen und Zügen zusammengetrieben und der Presse in einem Gefangenenkessel vorgeführt wurden. Dies geschah, um die Lüge von „aggressiven Nafris“, wie es im rassistischen Polizeijargon hieß, aufzutischen, die sich als angebliche potentielle Sexualverbrecher zusammengerottet hätten. Diese unglaubliche Inszenierung der deutschen Polizei wurde eben nicht entlarvt und angeprangert, sondern in den allermeisten Fällen verteidigt, nicht selten sogar noch ausdrücklich begrüßt.

3. Die Ankündigung Trumps, massenhaft sogenannte „illegale“ Einwanderer abzuschicken, ist empörend und erfordert mit aller Kraft, die demokratischen und revolutionären Kräfte in der USA im Kampf gegen diese Faschisierung zu unterstützen. Aber

### „Öffnet die Grenzen!“ – Hunderttausende demonstrieren in Barcelona für die Aufnahme von Refugees

Am 18. Februar 2017 demonstrierten in Barcelona nach Angaben der Veranstalter ca. 300.000 (laut Polizei und bürgerlichen Medien 160.000 Menschen) für die Aufnahme von Refugees. Das war die bisher größte Solidaritätsaktion für Refugees in Europa. Die aufrufenden Organisationen hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gebeten, blaue Kleidung und blaue Flaggen zu tragen, damit der Menschenzug wie eine gewaltig Welle wirkte, die vom Stadtzentrum bis zum Meer reichte. Die Demonstration wurde von Migrantinnen und Migranten, Aktivistinnen und Aktivistinnen der Solidaritätsbewegung angeführt. Unter ihnen war auch einer der Mitbegründer der US-amerikanischen Black Panther Party, Bobby Brown. Im zweiten Block folgten Vertreterinnen und Vertreter von Initiativen, die sich hinter dem Transparent „Keine Toten mehr – Grenzen öffnen!“ gesammelt hatten. Die Großdemonstration wurde von zahlreichen Refugee-Initiativen wie „Papiere für alle“, Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften und Stadtteilinitiativen unterstützt. In Redebeiträgen wurde der Opfer der mörderischen Abschottungspolitik gedacht, die bei ihrer Flucht im Mittelmeer ertrunken sind. Allein im Jahr 2016 waren es nach offiziellen Angaben zirka 5.000 Menschen. (In Barcelona ist im Juli 2016 eine „Anzeigetafel der Schande“ errichtet worden, die laufend anzeigt, wie viele Refugees im Mittelmeer ertrunken sind.)

#### Hunderte Refugees überwinden Grenzzäune in Ceuta und Melilla

Die Zäune um die spanischen Kolonial-Exklaven Ceuta und Melilla an der marokkanischen Mittelmeerküste sind als Europas „Mauer“ gegen Afrika aufgebaut worden. Sie wurden als „unüberwindbar“ konstruiert: sechs Meter hoch in Doppelreihen, dazu so feinmaschig, dass niemand seinen Fuß hineinsetzen kann, zusätzlich gesichert mit Kameras, Bewegungsmeldern und Wachtürmen. Dennoch ist es in den letzten Jahren immer wieder Hunderten gelungen, die scheinbar unüberwindbaren Zäune zu überwinden. Am 17. Februar 2017 gelang es fast 500 Menschen, den Zaun zu überwinden und Ceuta zu erreichen, am 21. Februar 2017 waren es nochmals mehr als 350 Menschen.

\*\*\*

Die großartige Solidaritätsdemonstration mit den Refugees in Barcelona, die Erfolge des Kampfes der Refugees zur Überwindung der Zäune in Ceuta und Melilla, alles das sollte gerade hierzulande Ansporn für die Verstärkung des Kampfes gegen die mörderische Abschiebungs- und Abschottungspolitik des Staates des deutschen Imperialismus sein.

wer sich über die US-Abschiebemaschinerie zu recht empört, der sollte nicht schweigen oder gar unterstützen, dass in Deutschland, vor der eigenen Haustür, der staatlicher Abschiebeterror verschärft wird, mittlerweile sogar Afghanistan und Syrien wieder zu „sicheren Herkunftsländern“ deklariert wurden, Abschiebezentren geplant werden. Die staatliche und mediale Abschiebungspropaganda zur Rechtfertigung der deutschen Abschiebepolitik findet statt, während gleich-

## Keinen Millimeter für Rassismus, Sexismus und Nationalismus!

In Verbindung mit extremer Personalisierung der großen politischen Probleme wird auf existierende, insbesondere rassistische, frauenverachtende und deutsch-nationalistische Vorurteile zurückgegriffen. Diese Vorteile werden auf vielfältige Weise „bedient“, Stück für Stück ausgebaut und immer „salonfähiger“. Drei Beispiele sollen dies verdeutlichen:

■ Schauen wir ein paar Monate zurück. Es ist klar, dass in der US-Bevölkerung große und wichtige fundamentale Kritiken am ehemaligen US-Präsidenten Obama laut wurden, der viel versprochen, aber die alte imperialistische Politik der USA fortgesetzt hat. Doch wenn Kritik an Obama damit verbunden war, dass – „humoristisch“ verkleidet oder ganz offen – seine Hautfarbe und seine Herkunft benutzt wurden, um gegen seine Person vorzugehen, dann ist ganz klar, dass hier Rassismus vorherrschend ist und in keiner Weise geduldet werden kann. Offensichtlich nicht so klar – selbst bei sogenannten Linken – ist

die Sache, wenn es um Sexismus und Nationalismus geht:

■ Wenn Angela Merkels „humoristisch“ als „Mutti“ bezeichnet wird, um Ihre zutiefst reaktionäre Politik der Lächerlichkeit preiszugeben, wird sich dabei frauenverachtender Ressentiments bedient (hätte denn in der Vor-Merkel-Zeit irgendjemand Schröder oder Kohl als „Papi“ bezeichnet?). Durch ein solches sexistisches lächerlich machen wird von der Gefährlichkeit der reaktionären Politik Merkels verharmlosend abgelenkt. Obama oder Merkel sind beide in der Tat unerträglich und widerlich, aber das hat mit Hautfarbe und Geschlecht absolut nichts zu tun.

■ Ein ähnlicher Mechanismus wird auch bei Erdogan angewendet. Die brutale Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung in der Türkei und der Versuch der militärischen Vernichtung des revolutionären Projekts Rojava in Syrien, die Repression und Verfolgung der demokratischen und revolutionären

Kräfte in der Türkei, alles das zeigt eindeutig, dass Erdogan den Weg der Faschisierung der Türkei geht. Wenn Erdogan und seine Politik massiv, laut, vielleicht auch vereinfachend kritisiert und bekämpft wird, ist das richtig und kein wirkliches Problem (vor allem wenn diese Kritik aus der Türkei selbst, Erdogans „eigenem“ Land kommt). Unerträglich und unannehmbar ist aber, wenn rassistische und anti-türkische Verachtung in der Bevölkerung in Deutschland wachgerufen, geschürt und verstärkt wird (z. B. „Ziegenficker“). Die Autorität solcher Figuren kann und muss untergraben werden, mit Hilfe von Enthüllungen und Kritik, auch in Form von Satire, die inhaltlich an den reaktionären Maßnahmen dieser Figuren ansetzt, nicht aber an Herkunft oder Geschlecht.

Jede Nutzung von Rassismus, Sexismus und Nationalismus kann keine emanzipatorische Kritik sein und ist der Schulterschluss mit der Spießler-Ideologie des deutschen Imperialismus.

zeitig die Abschiebungen des US-Präsidenten verurteilt werden.

Diese Beispiele zeigen, dass die vollkommen berechtigte Ablehnung der reaktionären Maßnahmen des US-Präsidenten seitens der deutschen bürgerlichen Medien und Politikerinnen und Politiker pure Heuchelei ist, weil die reaktionäre Politik des eigenen Landes nicht mit den gleichen Maßstäben kritisiert wird.

Doch es geht nicht allein um Heuchelei. Es geht vor allem auch darum, dass unter anderem die heuchlerische Ablehnung der Politik des US-Präsidenten eine erhebliche Steigerung der Propagandamechanismen des deutschen Nationalismus ermöglicht.

### Steigerung des deutschen Nationalismus

Was passiert eigentlich aktuell in Deutschland? Endlich können die deutschen Spießler in der Pose des Demokraten, im Brustton der Empörung und mit scheinbar guten Gründen Anti-Amerikanismus propagieren, gegen die USA vorgehen (die Siegermacht des vom deutschen Imperialismus verlorenen Zweiten Weltkrieg und heutiger größter Konkurrent des deutschen Imperialismus). Endlich können laut und deutlich mit auf den ersten Blick guten und berechtigten Gründen (gegen Faschisierung und Terror in der Türkei) Erdogan und das reaktionäre Regime in der Türkei kritisiert werden, oftmals mit einem augenzwinkernden Rückgriff auf rassistische anti-türkische Stereotype gegen Türken und Muslime überhaupt.

Mehr und mehr werden Positionen vorherrschend, die das heutige reaktionäre Deutschland in einem guten Licht darstellen und damit die deutsche Überheblichkeit, den deutschen Nationalismus stärken. Der deutsche Nationalismus ist der Schulterschluss und die Klassenversöhnung, die der deutsche Imperialismus für die Kriegsvorbereitung gegen seine imperialistischen Konkurrenten braucht.

Dieser Entwicklung müssen wir entgegen treten. Gegen diese Strömung müssen wir ankämpfen und uns gegen diese deutsch-nationalistische Heuchelei dadurch wehren, dass

erstens die entsprechenden reaktionären Entwicklungen in Deutschland vorrangig angeprangert werden und dass zweitens vor allem im Kampf gegen anti-amerikanischen und anti-türkischen deutschen Nationalismus vorrangig die Solidarität mit den kämpfenden Teilen der Bevölkerung in der USA und den kämpfenden Teilen der Bevölkerung der Türkei herausgestellt und gefördert wird.

### Internationale Solidarität wird immer wichtiger

Es waren Millionen und Abermillionen Menschen, vor allem der diskriminierten und unterdrückten Minderheiten der USA, die gegen das extrem antidemokratische Einreiseverbot gegen Muslime protestierten, gegen die Errichtung eines Grenzzauns entlang der US-mexikanischen Grenze, gegen die Frauenverachtung Trumps, gegen den angekündigten Abbau der Leistungen des Gesundheitssystems, was die soziale Lage der großen Masse der arbeitenden Bevölkerung in der USA verschärfen wird. Das ist eine ausgesprochen wichtige und begrüßenswerte Entwicklung, die noch weit wichtiger werden wird, wenn sie sich konsequent demokratisch und revolutionär weiterentwickelt und nicht bei einer bloßen Kritik der reaktionären Eskapaden eine Person wie dem US-Präsidenten stehenbleibt.

Auch in der Türkei ist nach dem angeblichen oder wirklichen Putschversuch von Teilen der Armee gegen Erdogan klar: Die kurdische Bevölkerung, die auch außerhalb der Türkei im bewaffneten Kampf steht, leistet starken Widerstand. Aber auch große Teile der darüber hinaus gehenden demokratischen und revolutionären Bewegungen der Türkei protestieren und kämpfen unter schwierigen Bedingungen gegen Massenentlassungen, Verhaftungen von kurdischen parlamentarischen Repräsentantinnen und Repräsentanten sowie Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern. Sie kämpfen energisch gegen die Verhaftung und Unterdrückung kritischer Journalistinnen und Journalisten, Professorinnen und Professoren, Studentinnen und Studen-

ten. Es gibt in der Türkei eine kämpferische Solidarität gegen die Massenentlassungen an Schulen und Hochschulen. Die Faschisierung des Gerichts- und Gefängniswesens, die in immer noch größeren Schritten erfolgt, wird entlarvt und bekämpft. Die Maßnahmen des türkischen Staates können und müssen durch die Enthüllung und durch die Kämpfe der in der Türkei lebenden und kämpfenden Bevölkerung angeprangert werden – und nicht zuletzt in der Solidarität mit den hier in Deutschland lebenden demokratisch und revolutionär orientierten Kräften, die sich mit der Gesamtentwicklung der Türkei innerlich verbunden fühlen, mitleiden und dagegen aus gutem Grund auch hier in Deutschland ankämpfen möchten.

In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, dass der deutsche Imperialismus ja gerade in der Türkei ganz massiv – bei und trotz aller öffentlich geäußerten Kritik – aus imperialistischem Eigeninteresse dem sich faschisierenden Regime in der Türkei den Rücken freihält, es finanziell, politisch und militärisch unterstützt. Auch in Deutschland unterstützt er massiv das türkische Regime durch das seit den 90er Jahren bestehende PKK-Verbot und aktuell durch den auf Material des türkischen Geheimdienstes beruhenden § 129b-Prozess gegen 10 Mitglieder einer sich am Kommunismus orientierenden Organisation.

Immer wichtiger wird die weltweite Solidarität mit demokratischen und revolutionären Entwicklungen gegen die zunehmende Faschisierung von Staatsapparaten, gegen Militäraktionen in lokalen und regionalen Kriegen von Söldnertruppen und reaktionären proimperialistischen Staaten, gegen die zunehmenden militärischen Aktionen der imperialistischer Großmächten selbst. Und hier in Deutschland geht es bei alledem ideologisch vorrangig um den Kampf gegen den deutschen Nationalismus und politisch vorrangig um den Kampf gegen „unseren“ Hauptfeind im eigenen Land, den deutschen Imperialismus.

# GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

4/2017

April 2017

Gegen die reaktionäre und konterrevolutionäre Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik der deutschen Imperialisten:

## Solidarität mit dem Kampf der Genossinnen und Genossen in der Türkei!

Wenn wir von der Solidarität mit den Genossinnen und Genossen in der Türkei sprechen, wenn wir von der Solidarität mit jenen sprechen, die gegen den sich immer mehr faschisierenden türkischen Staat kämpfen, dann bedeutet das auch, sich mit den kämpfenden Teilen der Bevölkerung in der Türkei, insbesondere auch mit den kämpfenden kurdischen Teilen der Bevölkerung zu solidarisieren. Und es bedeutet, möglichst viel von ihrem Kampf und ihrer Geschichte zu wissen.

In Deutschland ist wenig, fast gar nichts über die Geschichte der kommunistischen Bewegung der Türkei in den letzten 50 Jahren bekannt. Doch zum Verständnis der aktuellen Kämpfe gegen die polizeistaatlichen Aktionen des Staates der herrschenden Klassen der Türkei gehört als unverzichtbarer Hintergrund, die Geschichte der faschistischen Militärputsche und sehr unterschiedlicher polizeistaatlicher Regimes in diesem Land zu kennen. Bei allen Unterschieden waren sich die Herrschenden in der Türkei in einem Punkt immer einig: die kurdische Bevölkerung muss unterdrückt werden, die revolutionären, die kommunistischen Kräfte müssen bekämpft und ebenso wie der kurdische Befreiungskampf nach Möglichkeit zerschlagen werden.

Das begann schon bei der Gründung der Kommunistischen Partei der Türkei. Der heute als liberaler Mann des Westens gefeierte damalige Regierungschef Mustafa Kemal („Atatürk“) tat so, als ob er ein Bündnis eingeht mit der damals sozialistischen Sowjetunion und der Kommunistischen Partei der Türkei im Befreiungskampf gegen England 1919, wie es damals genannt wurde. Er legte jedoch einen Hinterhalt und ließ führende Kader der Kommunistischen Partei der Türkei, 14 Genossen mit Mustapha Suphi an der Spitze im Januar 1921 ermorden.

In der herrschenden Klasse in der Türkei bekämpften sich schon immer mehr „am Westen“ und „Atatürk“ orientierte reaktionäre Kräfte und reaktionäre Kräfte, die zur Gewinnung weiterer Anhänger den Anschein erwecken, sie würden einen Kampf im „Namen des Islam“ führen. Das Militär hatte mehrmals im Sinne von „Atatürk“ im Zweifelsfall eingegriffen. 1960, 1971 und 1980 –

jedes Mal wurde der Militärführung seitens der herrschenden Klassen der Türkei die führende Rolle bei der Verschärfung der Unterdrückung zugewiesen. Das war im Juli 2016 jedoch anders.

### Juli 2016: Verschärfung des Polizeistaats auf allen Gebieten

Die Ansätze eines wohl geplanten Militärputsches in der Türkei gegen das sich mit dem Islam tarnende reaktionäre Regime unter Führung der AKP soll angeblich von reaktionären Kräften, die ebenfalls den Anschein erwecken, sie würden einen Kampf im „Namen des Islam“ führen, sowie Kräften und Teilen des an „Atatürk“ orientierten Militärs durchgeführt worden sein. Das aufzuklären und abzuklären ist für uns zumindest im Moment kaum oder gar nicht möglich. Aber klar ist, dass das staatsstreichartige Niederschlagen des Militärputsches dazu genutzt wurde, um in einem Umfang Reste erkämpfte demo-

### Zur Geschichte der Militärputsche in der Türkei

■ **1960:** Am 27. Mai 1960 stürzte die mit den „kemalistischen“ Kräften eng verbundene Militärführung die damalige AP-Regierung und ließ 1961 den gestürzten Ministerpräsidenten Menderes und zwei Minister aufhängen. Ein entscheidender Anklagepunkt war die angebliche „zu große Nachgiebigkeit“ gegenüber der kurdischen Bevölkerung.

■ **1971:** Am 12. März 1971 intervenierte die Militärspitze erneut mit einem Militärputsch, um mit noch größerem Terror vor allem gegen den zunehmenden Einfluss revolutionärer Organisationen und gegen den kurdischen Befreiungskampf vorzugehen. Zu diesem Zweck wurde der damalige Ministerpräsident Demirel zum Rücktritt gezwungen. In 11 Provinzen wurde das Kriegsrecht verhängt. Dort führten Militärgerichte Massenprozesse durch. Dabei wurde mehrfach die Todesstrafe gegen Revolutionäre verhängt. Nach Schätzungen wurden mindestens 10.000 Menschen verhaftet. Systematisch wurde gefoltert. 28 Menschen wurden von der Polizei auf offener Straße erschossen. Operationen gegen die kurdische Bevölkerung und deren Befreiungskampf wurden auf die Großstädte im Westen der Türkei ausgedehnt. 111 Personen wurden wegen „Separatismus“ zu Haftstrafen bis zu 16 Jahren verurteilt.

■ **1980:** Am 12. September 1980 verhängte die Militärführung erneut das Kriegsrecht. Dies richtete sich in erster Linie gegen die zunehmenden, häufig militanten Kämpfe von Arbeiterinnen und Arbeitern (wie die vierwöchige Fabrikbesetzung in Cigli in der Provinz Ismir Anfang 1980) sowie gegen die zunehmenden bewaffneten Aktionen revolutionärer Kräfte. Die herrschenden Klassen der Türkei legten die Hebel der Macht in die Hände einer aus dem Generalstab gebildeten Militärjunta. Etwa 650.000 Menschen wurden festgenommen. Es gab zirka 7.000 beantragte, 571 verhängte und 50 vollstreckte Todesstrafen. Tausende demokratische und revolutionäre Gefangene wurden gefoltert. Mindestens 171 Menschen wurden erwiesenermaßen durch Folter ermordet.

kratischer Errungenschaften zu zerschlagen, wie dies seit Jahrzehnten in der Türkei nicht geschehen war. Grob gesagt geht es um folgende Maßnahmen des faschistoiden Regimes unter Führung der AKP.

■ Am 20. Juli 2016 wurde der **Ausnahmestand** verhängt und bis heute immer wieder verlängert. Die Regierung unter Staatspräsident Erdogan kann diktatorisch „Erlasse mit Gesetzeskraft“ verabschieden. Die Dauer der Polizeihaft ohne richterlichen Haftbefehl wurde von 4 Tagen auf 30 Tage ausgedehnt, was Folterungen in Haft erleichtert.

**Beilage: Die Bedeutung von Ibrahim Kaypakkaya für die sich neu formierende revolutionäre und kommunistische Bewegung in der Türkei**

## Die verbrecherische Rolle des türkischen Staats bei der „Abwehr“ von Refugees

Seit dem Abschluss eines EU-Deals zur Flüchtlingsabwehr mit der türkischen Regierung unter Federführung des deutschen Imperialismus am 18. März 2016 ist den Refugees der Fluchtweg über die Ägäis weitgehend verschlossen. Die Türkei erhält dafür bis 2018 6 Milliarden Euro. Über 2 Mrd. Euro davon wurden bereits ausbezahlt. Rund 3 Millionen Refugees, vor allem aus Syrien, sitzen in der Türkei rechtlos und unter elenden Lebensbedingungen fest. Es gibt nur für 260.000 Menschen sogenannte „Schutzlager“. Alle anderen sind sich auf dem Wohnungsmarkt selbst überlassen. Sie sind meistens „illegal“ beschäftigt, haben keine Sozialfürsorge, eine miserable Gesundheitsversorgung und keinen Bildungszugang. Dafür werden aber mit EU-Geldern sogenannte „Rückführungszentren“, sprich Abschiebegefängnisse für über 17.000 Menschen ausgebaut. Von EU-Ländern werden lediglich ausgewählte Kontingente syrischer Flüchtlinge aufgenommen.

Dafür nimmt die Türkei eine gleiche Anzahl syrischer Geflüchteter aus Griechenland zurück. Allen anderen Refugees, z.

B. aus Afghanistan, Irak, Iran, Somalia, Eritrea usw. wird der Zugang nach Europa verweigert. Kurz nach Abschluss des reaktionären Deals wurden die ersten 30 Geflüchteten nach Kabul/Afghanistan abgeschoben. Türkische Grenzwachter verhindern an den Küsten die Flucht und inhaftieren die Refugees. Zugleich patrouillieren NATO- und Bundeswehr-Schiffe und spähen die Küstengebiete aus. Sobald sie Refugees entdecken, die Schlauchboote besteigen, informieren sie die türkischen Behörden. Diese Abschottung Europas in der Ägäis zwingt viele Refugees den gefährlichen Fluchtweg über das Mittelmeer zu nehmen. Infolge dieser mörderischen Abschottungspolitik sind bereits Zehntausende im Mittelmeer ertrunken.

Direkt an der türkisch-syrischen Grenze werden Flüchtlinge völkerrechtswidrig zurückgewiesen. Die Grenze zu Syrien wurde abgeriegelt und bereits 2015 wurde mit einem Mauerbau begonnen. Schon 2015 berichtete Human Rights Watch von solchen Push Backs. Amnesty International erklärte, dass seit Januar 2016 fast täglich Gruppen von bis zu 100 Menschen in der Türkei auf der Straße aufgegriffen

und in Bussen nach Syrien abgeschoben wurden.

Türkische Grenzbeamte setzen auch Schusswaffen gegen Geflüchtete ein. Seit dem Frühjahr 2016 gibt es immer wieder Berichte über erschossene und durch Schüsse verletzte Refugees an der türkisch-syrischen Grenze.<sup>2</sup> Seit Juni 2016 baut die Türkei an der Grenze zu Syrien Selbstschussanlagen mit Wärmebildkameras und Maschinengewehren, um illegale Grenzübertritte zu verhindern. Falls auf einen Warnruf in mehreren Sprachen bei 300 Meter Entfernung nicht reagiert wird, wird automatisch das Feuer eröffnet, wie eine regierungsnah türkische Zeitung berichtete. Mehr als 160.000 Flüchtlinge irren an der syrisch-türkischen Grenze zwischen den Fronten umher und haben keinen Fluchtweg mehr, weil die türkische Regierung die Grenze geschlossen hält.

### Quellen

Pro Asyl News vom 24.3.16; „Frankfurter Rundschau“ (FR) vom 2./3. April 16.; Pro Asyl, „Der EU-Türkei-Deal und seine Folgen“, Mai 2016; FAZ vom 5.3.16, FR vom 18.5.16., Middle East Eye (MEE) vom 19.6.16; FR vom 20.6.16; FR vom 1.6.16.

■ Mehr als **130.000 Staatsbedienstete** wurden **suspendiert oder entlassen**, darunter über 30.000 LehrerInnen. Bereits in den ersten Tagen wurden etwa 8.000 Polizisten und über 2.700 Angehörige der Justiz suspendiert. Außerdem wurden über 8.000 Soldaten, darunter 149 Generäle und über 1.500 Offiziere und Unteroffiziere suspendiert oder entlassen. Später folgte die Inhaftierung von insgesamt 3.000 Richtern und Staatsanwälten, einem Fünftel des gesamten Personals. Dazu kommen zirka 4.000 Suspendierungen in diesem Bereich. 270 Rechtsanwälte sitzen im Gefängnis.<sup>1</sup>

■ In den zwei Wochen nach dem Putschversuch wurden durch **Repressionsmaßnahmen gegen die Medien** nach Regierungsangaben insgesamt 45 Zeitungen, 16 Fernsehsender, 23 Radiosender, 15 Zeitschriften, 29 Verlagshäuser und drei Nachrichtenagenturen geschlossen oder unter staatliche Zwangsverwaltung gestellt.<sup>2</sup> Im November 2016 saßen **144 Journalistinnen in Haft** (mehr als in jedem anderen Land).<sup>3</sup>

■ Bis Anfang November 2016 wurden **mehr als 75.000 Personen festgenommen**.<sup>4</sup> Gegen die Inhaftierten wurden und werden Foltermethoden angewendet wie Verweigerung von Wasser und Nahrung, Schläge, Vergewaltigungen mit Schlagstöcken, Fesselung in schmerzhaften Positionen bis zu 48 Stunden. In türkischen Medien wurden Fotos von teilweise blutüberströmten Festgenommenen zur Abschreckung veröffentlicht, die offensichtlich gefoltert worden waren.<sup>5</sup>

■ Besonders scharfe **Repressionen richten sich gegen die kurdische Bevölkerung** und deren Vertretungen. Am 16.8.16 wurde in Istanbul die pro-kurdische Zeitung „Özgür Gündem“ verboten. 24 Mitglieder der Redaktion und des Aufsichtsrates wurden unter Schlägen festgenommen, nicht nur wegen „Propaganda“, sondern auch wegen Mitgliedschaft in einer „terroristischen Organisation“, wofür lebenslange Haft droht.<sup>6</sup> Am 25. Oktober wurden die beiden mit großer Mehrheit gewählten Co-BürgermeisterInnen der kurdischen Millionenstadt Diyarbakir verhaftet. Dort wurde auch die Sprecherin des Kongresses der Freien Frauen (KJA) festgenommen.<sup>7</sup>

In der Nacht vom 3. auf den 4. November 2016 wurden durch die Polizei **zwölf Abgeordnete der links und pro-kurdisch orientierten HDP verhaftet**, der drittgrößten Partei im Parlament. Gegen den Vorsitzenden der HDP, Selahattin Demirtas, den Co-Vorsitzenden und gegen sieben weitere ihrer Abgeordneten wurde wegen „Terrorpropaganda“ und „Mitgliedschaft in einer bewaffneten Terrororganisation“ Untersuchungshaft in Hochsicherheitsgefängnissen verhängt. Bei Protesten gegen die Verhaftungen am 6.11.16 nahm die Polizei auch noch die Vorsitzende der kurdischen Demokratischen Partei der Regionen (DBP), Sebahat Tuncel, fest. Mittlerweile boykottiert die HDP das Parlament.<sup>8</sup> Bis zum 21.11.16 hat die türkische Regierung insgesamt 34 Gemeindeverwaltungen in den kurdischen

Gebieten unter staatliche Aufsicht gestellt und **39 BürgermeisterInnen in U-Haft** ins Gefängnis geworfen.<sup>9</sup> Am 25.10.16 erfolgte, wie schon erwähnt, die Festnahme der beiden kurdischen Oberbürgermeisterinnen der Metropole Diyarbakir. Gülten Kisanak ist eine Symbolfigur des kurdischen Befreiungskampfes in der Türkei. 2014 wurde sie als erste Frau zur Oberbürgermeisterin von Diyarbakir gewählt. Schon nach dem Militärputsch von 1980 war sie viereinhalb Jahre im Militärgefängnis eingesperrt, war gefoltert und sexuell missbraucht worden.<sup>10</sup> Im Februar 2017 wurden weitere 1000 Menschen verhaftet, denen Unterstützung der PKK vorgeworfen wird.<sup>11</sup>

Begleitet wurden und werden diese Unterdrückungsmaßnahmen von einer nationalistisch-faschistischen Massenmobilisierung, die auch pogromartige Überfälle durchführt, v. a. gegen die kurdische Bevölkerung.

Sowohl die kemalistisch orientierte CHP als auch die AKP unter Führung Erdogans verkündeten die Vereitelung eines angeblichen oder jedenfalls gescheiterten Putschversuches als „demokratische Erhebung der Volksmassen“. Erdogan rief am 15. Juli 2016 kurz vor Mitternacht über den Sender CNN Türk zur „demokratischen Spontaneität“ auf „Befehl des Führers“ auf. Erdogan forderte dazu auf, „sich auf den Plätzen und am Flughafen zu versammeln, um den Putschisten entgegenzutreten“. Die Erdogan auf dem Flughafen in Istanbul empfangende Menge skandierte: „Hier die Ar-

mee, hier der Kommandant.“ Oder „Sag es und wir töten, sag es und wir sterben.“<sup>12</sup> Etwa drei Wochen nach dem sog. „Putschversuch“ versammelten sich in Istanbul-Yeni-kapi am 7. August 2016 2-3 Millionen nationalistisch aufgehetzte Menschen unter einem Meer türkischer Fahnen. Unter dem Motto „Demokratie und Märtyrer“ skandierete die Menge lauthals „Todesstrafe“. Erdogan versprach dies als „Wille des Volkes“ zu unterstützen.<sup>13</sup>

Nur wenige Stunden nach einem Angriff auf einen Armee-Bus in der Millionenstadt Kayseri am 17.12.2016, bei dem 14 Soldaten getötet und 55 teils schwer verletzt wurden, erfolgten in vielen Städten der Türkei koordinierte Angriffe nationalistisch-faschistischer Gruppen auf mindestens 16 Parteibüros der HDP. Einrichtungen wurden zerstört, die Parteibüros in Kayseri, Bursa, Ankara und Istanbul angezündet. Auf die HDP-Zentrale in Ankara wurden Schüsse abgegeben. In sozialen Medien wurde zudem zu Morden an Abgeordneten und Parteifunktionären der HDP aufgerufen. Am folgenden Tag wurden – selbstverständlich – nicht etwa für die Pogrom-Attacken verantwortliche Anhänger der faschistischen MHP und „Graue Wölfe“ verhaftet, sondern 22 HDP-Funktionäre. Nach einem zuvor erfolgten Anschlag in Istanbul waren bereits mehr als 500 Funktionäre und Mitglieder der HDP festgenommen worden.<sup>14</sup>

### **Der deutsche Imperialismus – Feind jedes wirklich revolutionären Befreiungskampfs**

Während der deutsche Staat und seine Politiker, sekundiert von diversen bürgerlichen Medien, zur Zeit gewisse Zwistigkeiten mit dem Erdogan-Regime lautstark austragen, kann und darf es über die konterrevolutionäre und imperialistische Rolle des deutschen Imperialismus keinen Zweifel geben: der deutsche Imperialismus ist sich grundlegend einig mit dem reaktionären Regime in der Türkei beim Kampf gegen die revolutionären, für wirkliche Befreiung kämpfenden Kräfte.

Die Feindschaft der deutschen Imperialisten gegenüber den demokratischen und revolutionären kurdischen Kräften zeigt sich deutlich an dem seit 1993 in Deutschland bestehenden PKK-Verbot. Allein von 2004 bis 2014 gab es zirka 4.400 Strafverfahren gegen Aktivistinnen und Aktivisten, die der PKK zugerechnet werden. Mehr als 100 von ihnen erhielten Gefängnisstrafen. In drei dokumentierten Fällen wurden Kurden direkt an den Folterstaat Türkei ausgeliefert.<sup>15</sup>

Anfang März 2017 dehnte das deutsche Innenministerium die antikurdischen Verbote auf das Zeigen von Fahnen, Symbolen und Bildern von 33 legalen kurdischen Vereinigungen aus, die sich unter dem Dach

des Demokratischen Gesellschaftszentrums der KurdInnen in Deutschland (NAV-DEM) organisieren und politisch aktiv sind. Unter das Verbot fallen u. a. die Symbole der Partei der Demokratischen Union (PYD) in Syrien, die Volks- und Frauenverteidigungseinheiten YPG und YPJ, des Verbands der Studierenden aus Kurdistan (YXK) sowie dessen autonomer Frauenflügel (JXK).

Derzeit sind mindestens 35 Revolutionäre aus der Türkei, türkische und kurdische Aktivistinnen und Aktivisten in deutschen Gefängnissen eingesperrt. Einige wurden bereits unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung“ nach dem Paragraphen 129b zu mehrjährigen Freiheitsstrafen bis zu 7 Jahren verurteilt, andere wie die neun Genossen und eine Genossin, die der Mitgliedschaft in der lediglich in der Türkei verbotenen TKP/ML angeklagt werden, befinden sich bereits seit zwei Jahren in U-Haft, teilweise in „Hochsicherheitsgefängnissen“. Bei ihren Anklagen stützen sich die deutschen Staatsorgane direkt auf geheimdienstliche Informationen aus der Türkei. In der Sonderausgabe der Roten Hilfe zum 18.3.2017, dem Tag der demokratischen und revolutionären politischen Gefangenen heißt es treffend: „Politisch bleibt festzuhalten, dass das Verfahren deutlich die Kumpanei zwischen Deutschland und der Türkei zeigt, die durch den Flüchtlingsdeal gefestigt wurde.“<sup>16</sup>

Gleichzeitig wurde und wird die türkische Armee mit Leopard-Panzern, Maschinengewehren und G3-Sturmgewehren, modernsten Satellitensystemen, die Marine mit Kriegsschiffen und U-Booten ausgerüstet. Diese Waffen kommen – eindeutig dokumentiert – gerade auch für die „Aufstandsbekämpfung“ in den kurdischen Gebieten der Türkei sowie bei den militärischen Vorstößen der türkischen Armee im Irak und in Syrien zum Einsatz. Der deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall plant den Bau einer Panzerfabrik sowie eine Munitionsfabrik in der Türkei.<sup>17</sup> Türkisches Militär wurde und wird an Bundeswehrhochschulen und von deutschen Offizieren ausgebildet und trainiert. Die Bundeswehr „bewacht“ den Luftraum nördlich der syrischen Grenze mit Patriot-Raketen, mit Tornados und AWACS-Flugzeugen. Im Oktober 2016 wurde die Zahl der Bundeswehr-Soldaten in Incirlik noch von 250 auf bis zu 1.200 Soldaten erhöht.

Den deutschen Imperialisten geht es bei alledem um Sicherung und Ausdehnung ihrer Einflussgebiete. Deutschland ist der wichtigste „Handelspartner“ der Türkei. Die Zahl deutscher Konzerne und Betriebe bzw. türkischer Betriebe mit deutscher Kapitalbeteiligung in der Türkei ist von 500 in den 90er Jahren inzwischen auf über 6.800 gestiegen. Produktionsstätten in der Türkei gehören

Konzernen wie VW (MAN-LKW), Daimler (Mercedes Benz-Kfz/Omnibusse), Siemens, Bosch, Thyssen-Krupp, BASF, Bayer, Deutsche Bank, METRO, Dr. Oetker sowie Steag und RWE, die in der Türkei ein Steinkohlekraftwerk gebaut haben.<sup>18</sup> Deutsche Unternehmen sind an riesigen Staudammprojekten in kurdischen Gebieten der Türkei beteiligt, wo Abertausende Menschen vertrieben worden sind.

Nur scheinbar im Widerspruch zu den anti-kurdischen Maßnahmen der deutschen Imperialisten hierzulande oder in der Türkei steht, dass der deutsche Imperialismus seit September 2014 im Irak dazu übergegangen ist, zunehmend mit bestimmten kurdischen Kräften zusammenzuarbeiten und diese auch mit Waffen zu versorgen. Es handelt sich dabei um Soldaten der reaktionären Barsani-Kräfte im Irak, die gerade auch mit dem reaktionären türkischen Staat kollaborieren. Die Barsani-Kräfte seien „Partner“ im Gegensatz zur PKK, die „mutmaßliche Terroristen“ seien, erklärte die deutsche Regierung dazu.<sup>19</sup> Ab Ende 2014, Anfang 2015 wurden über 100-150 Bundeswehrausbilder nach Erbil/Nordirak geschickt, die über 7.000 reaktionäre kurdische Soldaten an den Waffen trainieren. Dies geschieht unter dem Vorwand des Kampfes gegen die faschistischen IS-Söldner. Tatsache ist, dass die Barzani-Truppen in Koordination mit der türkischen Armee insbesondere auch gegen die kurdisch-syrischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) in Rojava (Nordsyrien) vorgehen. In Deutschland erfolgt die Ausbildung kurdischer Soldaten der reaktionären Barsani-Kräfte vor allem am Bundeswehr-Stützpunkt in Hammelburg. Nachdem die Bundeswehr bereits an der Grenze der Türkei zu Syrien Raketen stationiert hat, handelt es sich hierbei in der Tat um einen nicht zu unterschätzenden weiteren militärischen Vorstoß des deutschen Imperialismus in dieser Region.

☆☆☆

Für uns bedeutet das, vor allem die Rolle des deutschen Imperialismus als imperialistische Großmacht mit all ihren Mächenschaften umfassend zu entlarven und zu bekämpfen, die wirklich demokratischen revolutionären Kräfte in der Türkei und anderswo direkt zu unterstützen, aus ihrem Kampf zu lernen. Das schließt auch die kritische und selbstkritische Auseinandersetzung über alle Fragen des demokratischen und revolutionären Kampfs gegen Imperialismus und Reaktion mit ein.

### **Die Bedeutung des bewaffneten Kampfes der kurdischen Befreiungsbewegung**

In der Türkei entwickelten sich in den letzten Jahren immer wieder kraftvolle Kämpfe, von der Gezi-Bewegung bis zu Streiks der

Arbeiter/innen in den Fabriken verschiedener Autofirmen.<sup>20</sup> All dies soll durch die Verschärfung des polizeistaatlichen Terrors in der Türkei unterdrückt werden. Im Focus der Konterrevolution in der Türkei steht gegenwärtig – wie in den Jahren zuvor – allerdings der demokratische und revolutionäre Befreiungskampf der kurdischen Bevölkerung, insbesondere deren bewaffneter Kampf.

Eine bedeutsame Rolle spielte und spielt vor diesem Hintergrund in den letzten Jahren die kurdische Partei HDP. Das sicherlich zu diskutierende Programm der HDP stellt dem reaktionären Staat und seiner Politik der Faschisierung ein deutliches Gegenprogramm des Kampfes für demokratische Rechte und Gleichberechtigung entgegen. In den kurdischen Gebieten hat die HDP häufig bei Wahlen die meisten Stimmen bekommen, gerade in den größten Städten wie Diyarbakir. Bei den Wahlen 2015 machten die auf die ganze Türkei bezogen 13% für die HDP den Plänen des Erdogan-Regimes einen kräftigen Strich durch die Rechnung. Die geplante Verfassungsänderung konnte so im Parlament zu nächst nicht durchgedrückt werden.

Doch vor allem geht es um den von der PKK in der Türkei seit 1984 geführten bewaffneten Kampf mit zeitweise mehreren Zehntausend Kämpferinnen und Kämpfern in den kurdischen Gebieten. Trotz Terror und auch demagogischer Manöver ist es dem reaktionären Staat in der Türkei, seiner Polizei, seiner Armee und seinem Geheimdienst seit mehr als 30 Jahren nicht gelungen, diesen bewaffneten Befreiungskampf niederzuschlagen. Der jahrzehntelange Kampf der kurdischen Genossinnen und Genossen in der Türkei ist durch all diese Jahre hinweg für die demokratisch-revolutionären Kräfte in der Türkei ein eminent wichtiger Faktor, gerade auch heute.

Schon kurz nach der massiven Verschärfung der polizeistaatlichen Repression im Juli 2016 kam es zu einer Reihe von bewaffneten Widerstandsaktionen und Protesten vor allem in den kurdischen Gebieten. Hier einige Beispiele:

■ Im August 2016 erfolgten kurz hintereinander drei bewaffnete Angriffe auf Polizeihauptquartiere in den kurdischen Gebieten im Osten der Türkei: Dabei wurden am 15. August 2016, dem 32. Jahrestag des Beginns des bewaffneten Kampfes der PKK, in Diyarbakir 5 Polizisten getötet. Am 17. August 2016 wurden in Van 3 Polizisten getötet und mehr als 70 verletzt. In Elazig wurden am 18.8.2016 3 Polizisten getötet und 130 verletzt. Ebenfalls am 18. August 2016, wurden in der südöstlichen Provinz Bitlis 3 Soldaten getötet, 7 Soldaten verletzt.<sup>21</sup>

■ Am 27.8.2016 wurde bei einem Angriff in der überwiegend von kurdischen Menschen bewohnten Stadt Cizre im Südosten der Türkei das mehrstöckige Polizeigebäude vollständig zerstört, 11 Polizisten wurden

getötet, 75 Polizisten teilweise schwer verletzt. In einer Erklärung übernahm die PKK die Verantwortung. Dieser Angriff stand im Zusammenhang mit dem kurz zuvor erfolgten Panzerangriff der türkischen Armee gegen Stellungen kurdischer Befreiungskämpferinnen und Befreiungskämpfer in Nordsyrien.<sup>22</sup>

■ Am 12.9.2016 wurde in Van durch eine bewaffnete Aktion das Provinzhauptquartier der AKP vollständig zerstört. Die Explosion war kilometerweit zu hören. Das war eine Antwort auf die verschärften Angriffe der türkischen Armee sowie auf die Entlassung von 28 gewählten Bürgermeister/innen in kurdischen Gemeinden sowie die Suspendierung von 11.285 Lehrerinnen und Lehrern, die fast alle der linken Lehrgewerkschaft Egitim Sen angehören.<sup>23</sup> Nach der Festnahme der beiden kurdischen Oberbürgermeisterinnen von Diyarbakir kam es dort am 26. Oktober 2016 erneut zu heftigen Kämpfen zwischen Protestierenden und der Polizei. Auch in Istanbul und anderen Städten kam es zu Protestaktionen.

Ein kaum zu überschätzender Faktor ist der bewaffnete Kampf kurdischer Genossinnen und Genossen gerade auch außerhalb der Grenzen des türkischen Staates.

Diese Bedeutung des bewaffneten Kampfes insbesondere der kurdischen Genossinnen und Genossen zeigte sich deutlich, als die jesidische Bevölkerung 2014/15 im Gebiet Sindschar im Irak von den IS-Mörderbanden zu Tode gehetzt und gejagt wurden, um sie vollständig zu vernichten. Da waren es einzig und allein kurdische Kämpferinnen und Kämpfer, welche diese bewaffnet schützten. Inzwischen gibt es eigene jesidische bewaffnete Formationen, Milizen, Armee-Einheiten.

In Rojava (Nordsyrien) haben kurdische Kämpferinnen und Kämpfer, vor allem auch aus den bewaffneten Volksverteidigungseinheiten (YPG), Anfang 2014 mit einem klaren demokratischen Programm eine Art befreites Gebiet mit einer demokratischen Verfassung geschaffen. Kobane/Rojava wurde durch den bewaffnet erkämpften Rückzug faschistischer und konterrevolutionärer Söldner seit Anfang 2015 Anziehungspunkt für die demokratischen und revolutionären Kräfte der ganzen Welt, insbesondere für die Aktivistinnen und Aktivisten in der Türkei. Für das reaktionäre Regime in der Türkei ist dagegen klar, dass dies nicht Schule machen darf, dass dies nicht auf die „eigenen Kurden“ zurückwirken soll, dass dies kein Rückzugsgebiet kurdischer Militanter aus der Türkei werden darf. Deshalb attackieren sie Rojava immer wieder militärisch (unter Einsatz von deutschen Leopard-Panzern) und versuchen es wirtschaftlich auszuhungern.

Im Kampf gegen die faschistischen IS-Söldner und andere reaktionäre Kräfte ist es in letzter Zeit den kurdischen Kämpfe-

rinnen und Kämpfern im Bündnis auch mit demokratischen Kräften anderer Nationalitäten gelungen, im bewaffneten Kampf weitere befreite Gebiete im Norden Syriens und des Irak zu schaffen. Im August 2016 gelang es bewaffneten kurdischen Kräften nach der Befreiung der Gebiete um Quamischli, Kobane und Efrin nach der militärischen Vertreibung der faschistischen IS-Söldner nun auch das Gebiet um Manbidsch zu befreien.

Den demokratischen und revolutionären kurdischen Kräften in Syrien ist bewußt: Es besteht eine große Gefahr, dass die kurdische Befreiungsbewegung in Syrien von einem komplexen, konterrevolutionären Netz aufgegriffen, korrumpiert und massakriert werden könnte. Da sind einerseits die IS-Söldnerbanden, der reaktionäre türkische Staat und die reaktionären Barsani-Kräfte (die ja vor allem vom deutschen Imperialismus unterstützt werden), die direkt militärisch gegen die kurdische Befreiungsbewegung in Syrien vorgehen. Da sind aber auch die imperialistischen Großmächte, die mit einer schwer zu durchschauenden Politik von Zuckerbrot und Peitsche agieren, wie der USA-Imperialismus, der russische Imperialismus und der deutsche Imperialismus.

Alles das zeigt und bestätigt: Die politische Macht der revolutionären Kräfte kommt eben nicht allein aus den Überzeugungen, sondern vor allem wie es einmal formuliert wurde, aus den Gewehrläufen, die von den wirklich revolutionären Kräften geführt und benutzt werden. Die bewaffneten revolutionären Kämpferinnen und Kämpfer in der Türkei und weltweit werden deshalb ihre Waffen keineswegs niederlegen, sondern den bewaffneten Kampf gegen Imperialismus und Reaktion weiterführen und verstärken!

#### Quellen

1 Frankfurter Rundschau (FR), 24.1.2017 2 Amnesty Journal 10-11/2016, S. 36 3 FR, 4.11. und 15.11.2016: „Die Pressefreiheit existiert nicht mehr“ 4 FR 7.11.2017. 5 Amnesty Journal 10-11/2016, S. 36 6 Amnesty Journal 10-11/2016, S. 37 7 analyse & kritik, ak Nr. 62,15.11.16: „Repressionswelle in der Türkei“ 8 analyse & kritik, ak Nr. 62,15.11.16: „Repressionswelle in der Türkei“ 9 FR, 22.11.2016: „Weitere Bürgermeister in türkischer Haft“ 10 FR, 27.10.2016 „Massiver Druck auf Kurden“ 11 Taz.de, 20.2.2017: „Weitere Massenfestnahme“ 12 www.welt.de: Deniz Yücel: „Militärputsch in der Türkei: Ein übler Verdacht“ 13 FR, 8.8.2016: „Erdogan wirbt für die Todesstrafe“ 14 FR, 19.12.2016 „Hatz auf Kurden und Opposition“ 15 Siehe Focus 11/2017 16 Diese Sonderausgabe gibt einen guten Überblick über das Ausmaß und den gegenwärtigen Stand der Unterdrückungsmaßnahmen gegen demokratische und revolutionäre Kräfte aus der Türkei in Deutschland 17 Siehe Der Stern, 14.3.2017 18 Siehe: Auswärtiges Amt, „Türkei — Wirtschaftliche Beziehungen zu Deutschland“, Jan. 2017 19 FR, 29.7.2015 20 Genauer dazu siehe GDS-Flugblatt 11-12/2015 „Faschistischer Bombenanschlag in Ankara am 10. Oktober 2015 auf eine Demonstration gegen das reaktionäre Regime in der Türkei: Die internationale Solidarität mit den Genossinnen und Genossen in der Türkei verstärken!“ 21 FR, 19.8.2016: „Anschlag folgt auf Anschlag“ 22 FR, 27./28.8.2016: „Die Kurden schlagen zurück“ 23 FR, 15.9.2016: „Rache für geschasste Politiker“ und Ver.di publik 7/2016 „Schlag auf Schlag in eine Präsidialdiktatur“.

## Die Bedeutung von Ibrahim Kaypakkaya für die sich neu formierende revolutionäre und kommunistische Bewegung in der Türkei

Anfang der siebziger Jahre gab es in vielen Ländern der Welt bewaffnete Kämpfe unter Führung kommunistischer Kräfte, die sich vor allem an Mao Tse-tung und der KP China orientierten. Diese Kämpfe, ob auf den Philippinen, ob in Indien oder in Malaysia, waren nach der großen, welthistorischen Niederlage der KP Indonesiens 1966 ein Neubeginn und auch Teil der großen Diskussion über Revisionismus und Kommunismus, über die Tatsache, dass die frühere sozialistische Sowjetunion nach dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 den kapitalistischen Weg gegangen ist. Das damals noch sozialistische China nahm zu dieser Zeit eine bedeutende Rolle als Unterstützer der revolutionären Bewegungen und der Kämpfe in der ganzen Welt ein.

Es gab auch revolutionäre Kräfte, wie in Bolivien die Genossen und Genossinnen um Che Guevara, die ohne klare Orientierung in den Debatten über Revisionismus und Kommunismus mit einer kleinen Gruppe versuchten auf dem Land bewaffnete Kämpfe zu initiieren. Che Guevara ist stellvertretend und weltweit für diesen Kampf bekannt geworden.

Unter den besonderen Bedingungen extremer polizeistaatlicher Repression in der Türkei war ebenfalls ein heftiger Kampf um revolutionäre Perspektiven im Gange. Anders als heute gab es keine stark organisierte oder bewaffnete kurdische Befreiungsbewegung.

Als die herrschenden Klassen in der Türkei am 12. März 1971 durch einen Militärputsch das Anwachsen der revolutionären Kämpfe brutal niederschlugen, rächte sich das Vertrauen der revolutionären Massen in die reformistisch-opportunistischen Führer, die den Kampf nur folgerichtig angesichts ihrer reformistischen Zielvorgaben auf die legalen Kampfformen beschränkt hatten. Es kam zu Massenverhaftungen tausender revolutionärer Arbeiterinnen und Arbeiter, Bäuerinnen und Bauern sowie Studentinnen und Studenten. Selbst fortschrittliche demokratische Literatur, Verlage und Zeitschriften wurden verboten.

Angesichts dessen warnte Ibrahim Kaypakkaya innerhalb der TIHKP vor den opportunistischen Illusionen in einen legalen Kampf und forderte die Verbindung der legalen Arbeit mit der illegalen Arbeit und das Verbergen der revolutionären Tätigkeit vor den Augen der politischen Polizei. Denn die politische Polizei wird

„jeden, der im Rahmen der legalen Pressetätigkeit arbeitet, der Abonnent der Zeitung ist, ... verantwortlich für die illegale Parteitätigkeit in der neuen Phase machen.

Das Richtigeste, was in einer solchen Situation zu tun ist und getan werden muss, ist die Verbindung zwischen der legalen und der illegalen Tätigkeit vor der politischen Polizei mit der größten Aufmerksamkeit und Gründlichkeit zu verbergen.“<sup>1</sup>

Für Ibrahim Kaypakkaya war klar, dass jegliche Illusionen in die legalen Möglichkeiten des Kampfs einem Verrat am revolutionären Kampf gleich kamen und dass die Kommunistische Partei von Anfang an den legalen mit dem illegalen Kampf verbinden musste und auch von Anfang an bewaffneten Einheiten aufbauen musste.

### Mit der Klärung der theoretischen und politischen Linie der Kommunistischen Partei beginnen

Doch Ibrahim Kaypakkaya war kein Utopist oder gar Putschist, der in dieser Situation den bewaffneten Kampf als die einzige Aufgabe beim Parteaufbau ansah. Ganz im Gegenteil machte er sich in dieser Situation der brutalen konterrevolutionären Angriffe des Staates der herrschenden Klassen der Türkei gegenüber den revolutionären und kommunistischen Kräften an die Aufgabe der Klärung der Fragen der Revolution in der Türkei, ihrer Theorie, ihres Programms, ihrer Strategie und Taktik.

Ibrahim Kaypakkaya erkannte, dass der revolutionäre praktische Kampf in eine Sackgasse gerät, wenn nicht Klarheit über die Ziele, die Aufgaben, den Weg und die Methoden des revolutionären Kampfes bewusst erarbeitet und propagiert werden. Er kämpfte für die Schaffung einer auf dem Boden der kommunistischen Theorie und Politik basierenden Kommunistischen Partei in der Türkei. Er scheute daher nicht vor der Polemik gegen den Opportunismus und modernen Revisionismus zurück. Und er vollzog zusammen mit gleichgesinnten Genossinnen und Genossen schließlich auch die organisatorische Trennung von der pseudomarxistisch-opportunistischen Organisation „Aydinlik“ (TIHKP) auf prinzipieller Grundlage, nachdem sich im innerparteilichen Kampf gegen die modern-revisionistische Führung dieser Partei eine Rettung und Neustrukturierung der Partei

### Ibrahim Kaypakkaya Vorbild eines revolutionären Kommunisten der Türkei (1949 – 18. Mai 1973)

Genosse Ibrahim Kaypakkaya kämpfte für die Vorbereitung des revolutionären bewaffneten Kampfs in der Türkei.

In diesem Kampf wurde er nach einem Überfall der faschistischen türkischen Armee auf eine Guerillaeinheit der TI-IKO, der bewaffneten Kräfte der TKP/ML im Januar 1973, im kurdischen Teil der Türkei durch das türkische Militär festgenommen.

Am 18. Mai 1973 wurde Genosse Ibrahim Kaypakkaya dann unter Folter in den Kerkern des türkischen Staats ermordet.

Ibrahim Kaypakkaya blieb auch unter der Folter prinzipienfest dem revolutionären kommunistischen Kampf verbunden.



als nicht mehr durchführbar erwiesen hatte. Hierfür war auch ein umfassender theoretischer Kampf und eine umfassende theoretische Arbeit nötig, die auch heute wieder zum Ausgangspunkt für eine kritische Diskussion zur Entwicklung einer kommunistischen Linie der Revolution in der Türkei unter den kommunistischen und revolutionären Kräften in der Türkei werden muss.

Ibrahim Kaypakkayas verfasste 1971–1972 vier umfangreiche Schriften:

„Kritik am Safak (Aydinlik)-Revisionismus“,

„Kritik am Programm(entwurf) der ‚TIHKP‘ (Aydinlik)“,

„Die nationale Frage in der Türkei“ und „Ansichten über den Kemalismus“.

Die beiden Schriften Ibrahim Kaypakayas „Die nationale Frage in der Türkei“ und „Ansichten über den Kemalismus“, die er im Dezember 1971 bzw. im Januar 1972 schrieb und aufgrund der Erfahrungen des Kampfes gegen den Opportunismus und Revisionismus und der Diskussionen mit Genossinnen und Genossen überarbeitete, wurden nach der organisatorischen Trennung von der opportunistisch-revisionistischen Organisation als grundlegende theoretische Schriften der neu gegründeten kommunistischen Organisation (TKP/ML) 1972 veröffentlicht. Sie stellen somit zwei Geburtsdokumente des neuen revolutionären antirevisionistischen Kommunismus in der Türkei dar. Sie behandeln nicht zufällig die beiden zentralen Themen einer revolutionären und kommunistischen Linie in der Türkei:

Erstens die kommunistische Haltung zur nationalen Unterdrückung der kurdischen Nation durch die türkische Nation in der Türkei und die kommunistische Haltung zur großtürkisch-nationalistischen Ideologie und Politik, die das Recht auf Lostrennung für die kurdische Nation vom türkischen Staat leugnet und das Bewusstsein der türkischen Arbeiterinnen und Arbeiter und der werktätigen Massen mit dem überheblichen türkischen Nationalismus vergiftet.

Zweitens die kommunistische Haltung zum Kemalismus. Diese beinhaltet, dass der Kemalismus eine zentrale Ideologie und Politik der Diktatur der türkischen (Kompradoren-)Bourgeoisie und der türkischen Großgrundbesitzer in der Türkei darstellt, mit der die breite Masse der Werktätigen in Stadt und Land an die reaktionäre Diktatur der herrschenden Klasse in der Türkei ideologisch und politisch gebunden wird.

Der türkische Nationalismus, der die kurdische Bevölkerung zu „Bergtürken“ erklärte, die ganze Last des reaktionären Atatürk-Staates und seiner Ideologie lastete auch auf der sich als links, demokratisch und revolutionär verstehenden Bewegung in der Türkei. Gleichzeitig hatte sich auch das Gift breitgemacht, angeblich Schritt für Schritt die herrschende Klasse zurückdrängen zu können, mit Aufklärung und Reform die Probleme des Polizeistaats und seine Abschaffung lösen zu können.

Und hier nun war ein entscheidender Einschnitt, dass Ibrahim Kaypakaya von vornherein klarstellte: der türkische Nationalismus ist ein fürchterlicher, gefährlicher Feind. Es kann keinen Fortschritt in der revolutionären Bewegung der Türkei geben, wenn nicht der Kampf der kurdischen Befreiungsbewegung sowie das

Recht auf Lostrennung der kurdischen Gebiete vom türkischen Staat propagiert wird. Angesichts des vorherrschenden türkischen Nationalismus kann die Bedeutung dieser programmatischen und gut begründeten Klarstellung kaum hoch genug eingeschätzt werden. Es war ein Signal, dass die nicht-kurdischen Teile der Bevölkerung in der Türkei, die sich für demokratische Rechte und für den revolutionären Kampf interessieren und einsetzen, den Kampf gegen den türkischen Nationalismus führen müssen und die Realität der Unterdrückung der kurdischen Teile der Bevölkerung entlarven und bekämpfen müssen.

### **Ibrahim Kaypakaya's Kampf gegen die Ideologie eines „fortschrittlichen“ Kemalismus**

Es ist ein großes Verdienst Ibrahim Kaypakayas, dass er die Versuche der modernen Revisionisten entlarvt hat, Mustafa Kemal als „demokratisch“ und als „Vertreter der nationalen, antiimperialistischen Bourgeoisie“ hinzustellen. Er hat die Lüge der modernen Revisionisten entlarvt, die kemalistische Revolution als eine antiimperialistische und demokratische Revolution und die kemalistische Diktatur nach dem nationalen Befreiungskrieg als eine fortschrittliche Diktatur der „nationalen Bourgeoisie“ hinzustellen. Die Opportunisten, erklärte Ibrahim Kaypakaya:

„... sehen die kemalistische Herrschaft als eine politisch unabhängige Herrschaft der mittleren Bourgeoisie.

Es wird nicht gesehen, dass die Türkei in wirtschaftlicher Hinsicht halbkolonial, in politischer Hinsicht halbabhängig ist, d.h. dass die Türkei von Anfang an<sup>2</sup> unter dem Joch des Imperialismus stand. D.h., sie verheimlichen, dass die Türkei unter der Diktatur der neuen Kompradorenbourgeoisie zusammen mit den Grundherren [Großgrundbesitzer, A.d.V] steht.“<sup>3</sup>

Zwar hatten die unter der Führung der Gruppe um Kemal stehenden nationalen Befreiungskämpfe der Masse der Bevölkerung anfangs einen antiimperialistischen und antiaristokratischen, gegen das alte osmanische Sultanat gerichteten Charakter. Deshalb beteiligten sich auch die Genossinnen und Genossen der zu Beginn des Jahres 1921 gegründeten Kommunistischen Partei der Türkei (KPT) unter der Leitung Mustafa Suphis an diesen Kämpfen in verschiedenen Regionen in der Türkei und verbreiteten revolutionäre Auffassungen unter den werktätigen und ausgebeuteten Massen. Doch die Kemalisten schlossen noch während des Befreiungskampfes ein Bündnis mit dem englischen und französischen Imperialismus und er-

mordeten Mustafa Suphi und weitere 14 Genossen der Kommunistischen Partei der Türkei am 28. Januar 1921 sowie weitere bewaffnet kämpfende revolutionäre Kräfte. In der Folge wurde nach verschiedenen Abkommen der Kemalisten mit den englischen und französischen Imperialisten am 29. Oktober 1923 die kemalistische Republik ausgerufen.

In Übereinstimmung mit der Kommunistischen Internationale und Genossen Stalin<sup>5</sup> wies Ibrahim Kaypakaya nach:

„Die Kemalisten begannen noch in den Jahren des Befreiungskrieges die Kollaboration mit den Imperialisten.“<sup>4</sup>

„Die kemalistische Bewegung hat sich im Grunde genommen gegen die Bauern und Arbeiter, ja gegen die Möglichkeiten einer Agrarrevolution gerichtet.“<sup>6</sup>

„Die kemalistische Diktatur unterdrückte grausam die nationalen Minderheiten, besonders die kurdische Nation, mit ihrer Politik der nationalen Unterdrückung. Sie beging Massenmorde und wiegelte mit aller Kraft den türkischen Chauvinismus auf.“<sup>7</sup>

### **Ibrahim Kaypakaya verteidigte das Recht auf Lostrennung der kurdischen Nation vom türkischen Staat und die Notwendigkeit des vorrangigen Kampfs gegen den türkischen Nationalismus**

Ibrahim Kaypakaya entlarvte den türkischen Nationalismus gegen die Revisionisten. Ihnen hielt Ibrahim Kaypakaya entgegen:

„Aber in der Türkei war das Recht einen Nationalstaat zu gründen bis heute das Privileg einer Nation, nämlich der türkischen, und das ist auch immer noch so. Wir Kommunisten verteidigen keinerlei Privilegien und verteidigen auch dieses Privileg nicht und werden es auch nicht verteidigen. Wir verteidigen mit aller Kraft das Recht der kurdischen Nation auf Staatsgründung und werden es weiterhin verteidigen.“<sup>8</sup>

Ibrahim Kaypakaya stellte fest, dass das Bewusstsein der Masse der Werktätigen in den Fabriken und auf dem Land

„von den türkischen herrschenden Klassen durch nationalistische Ideologie im breiten Maße vernebelt“

worden ist.

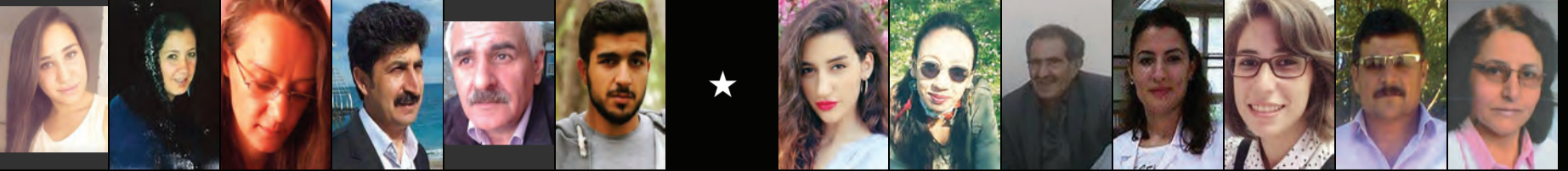
„Der Nationalismus der herrschenden Nation beeinflusst nicht nur das Bewusstsein der Bauern, sondern mehr oder weniger sogar auch das der fortgeschrittensten Elemente des Proletari-

*Fortsetzung auf S. 4*





Abdulbari Şenci Adil Gür Abdülkadir Uyan Abdullah Erol Ahmad Alkhalidi Ahmet Katurlu Ali Deniz Uzatmaz Ali Kitapçı Cemal Avşar Aycan Kaya Ayşe Deniz Azize Onat



Başak Sıdar Çevik Bedriye Batur Berna Koç Bilgen Parlak Binali Korkmaz Canberk Bakış Yusuf Akdağ Dicle Deli Dilan Sankaya Dilaver Kaharman Ebru Mavi Elif Kanlıoğlu Emin Aydemir Emine Ercan



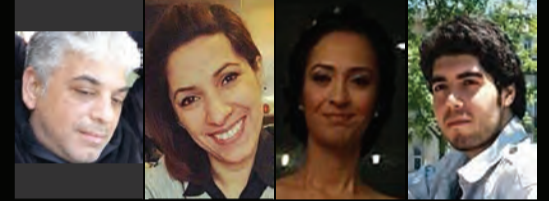
Ersin Adsız Eren Akın Erhan Avcı Erol Ekici Ahmet Kotolon Çetin Kürklü Emrullah Erdoğan Hasan Sancalı Vaddettin Kümek Metin Tesmen Fatma Batur Fatma Karakurt Fevzi Sert Feyyat Deniz



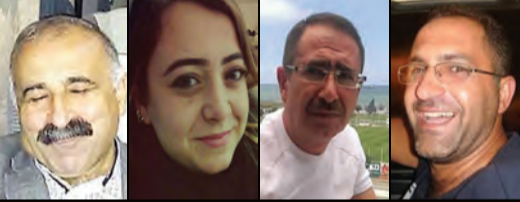
Gazi Güray Fatma Esen Gökhan Akman Gökhan Gökbönü

Ankara 10.10.2015:  
Faschistisches Massaker!

Nichts vergeben!  
Nichts vergessen!



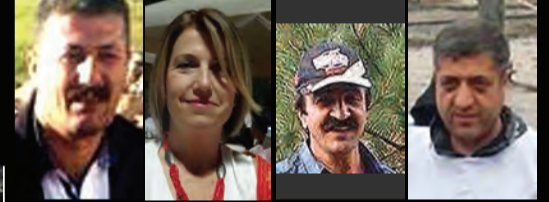
Gökmen Dalmaç Gülbahar Aydeniz Gülhan Elmascan Günay Doğan



Hacı Kıvrak Gözde Aslan H. Dursun Akalın Hasan Baykara



„Wir kennen die Mörder!“ (Istanbul 10.10.2015)



İbrahim Atılğan İdil Güney İsmail Kızılcay Kasım Otur



K. Tayfun Benol Korkmaz Tedik Kübra M. Mollaoglu Leyla Çiçek



„Mörderstaat“ (Istanbul 10.10.2015)



Mehmet Ali Kılıç Mehmet Hayta Mehmet Şah Esin M. Tefik Dalgıç



Meryem Bulut Mesut Mak Metin Kürklü Metin Peşmen



Muhammet Demir M. Veysel Atılğan M. Zakir Karabulut Necla Duran



Nevzat Özbilgi Nevzat Sayan Nilgün Çevik Niyazi Büyüksütçü

Faşist Katliam!  
Asla unutma!  
Asla affetme!



Nizamettin Bağcı Nurullah Erdoğan Onur Tan Orhan Işıktaş Osman



Ervasa Osman Turan Bozacı Ö. Gökhan Arpaçay Ramazan Çalışkan Ramazan Tunç Resul Yanar Rıdvan Akgül Sabri Almaz Sarıgül Tuylu Selim Ors Serdar Ben Sevgi Öztekin Sevim Şinik Seyhan Yaylagül



Sezen Vurmaz Şebnem Yurtman Şirin Kılıçalp Tekin Arslan Umut Tan Uygur Coşkun Ümit Seylan Vahdettin Özgan Vedat Erkan Yılmaz Elmascan Yunus Delice Ziya Saygın



Demnächst erscheint:

**Zur Lage der demokratischen und revolutionären Kräfte in der Türkei und Rojava**

ca. 36 Seiten, 1 Euro

Zu bestellen bei:

Literaturvertrieb Georgi Dimitroff  
Postfach 102051  
D-63020 Offenbach a.M.  
info@litvertriebdimitroff.de

*Fortsetzung von S. 4*

ats. D.h. besonders die türkischen Kommunisten haben die Aufgabe den türkischen Nationalismus niederzureißen und die türkischen Arbeiter und Bauern von jedweden Resten des türkischen Nationalismus zu befreien.“<sup>9</sup>

Und an einer anderen Stelle heißt es:

„Der vorrangig zu bekämpfende Nationalismus ist sogar der von M. Kemal.“<sup>10</sup>

Diese von Ibrahim Kaypakkaya aufgestellte Aufgabe der Vorrangigkeit des Kampfes gegen den türkischen Nationalismus ist den türkischen Opportunisten und Revisionisten ein Gräuelf. Mit tausend Argumenten nehmen die Opportunisten den türkischen Nationalismus in Schutz und bekämpfen stattdessen vor allem das Recht auf Lostrennung der kurdischen Nation vom türkischen Staat, das sie als „Separatismus“ diffamieren.

☆☆☆

Es gehört zu den großen Erfolgen seit der Zeit Ibrahim Kaypakkayas, dass heute in der Türkei, insbesondere durch den Kampf der revolutionären kurdischen Frauen, mit großem Elan auch der Kampf gegen die Vorherrschaft männlich-patriarchalischer Strukturen, vor allem in der politischen Realität, aber auch in Sprache und Denkweise geführt wird und vorankommt.

**Ibrahim Kaypakkaya propagierte den bewaffneten Kampf zur Zerschlagung des Staatsapparates in der Türkei**

Ein weiterer Punkt ist untrennbar mit dem Namen Ibrahim Kaypakkaya verbunden:

die klare Orientierung, dass der reaktionäre Staatsapparat der herrschenden Klassen in der Türkei im bewaffneten Kampf zerschlagen werden muss.

Als wichtigste Lehre des Widerstands der Arbeiterinnen und Arbeiter im Juni 1970 propagierte Ibrahim Kaypakkaya gegen den Pazifismus und Legalismus der „Aydinlik“-Revisionisten,

„dass die Revolution auf Gewalt beruht und dass das notwendig und unvermeidlich ist.“<sup>12</sup>

An anderer Stelle geißelte Ibrahim Kaypakkaya die pazifistische Ablehnung des bewaffneten Kampfes durch die Aydinlik-Revisionisten und verteidigte die kommunistische These Mao-Tse-tungs:

„Die Erfahrungen des Klassenkampfes im Zeitalter des Imperialismus lehren uns: Die Arbeiterklasse und die übrigen werktätigen Massen können nur mit der Macht der Gewehre die bewaffneten Bourgeois und Grundherren [Großgrundbesitzer, A.d.V.] besiegen; in diesem Sinne können wir sagen, dass die ganze Welt nur mit Hilfe der Gewehre umgestaltet werden kann.“<sup>13</sup>

Es geht um einen bewaffneten Kampf, der unter den Bedingungen der Türkei durchaus auch auf dem Land – und keinesfalls nur in den Städten – bereits vor den Möglichkeiten eines bewaffneten Aufstands in den Städten durchgeführt werden muss.

Eine Gruppe von Genossinnen und Genossen hatte diesen bewaffneten Kampf 1972 begonnen. Aber dieser Ansatz des Guerillakampfes wurde zerschlagen, und auch Ibrahim Kaypakkaya wurde gefangen genommen, gefoltert und ermordet.

Es ist keine Frage, dass die pseudokommunistischen Kräfte diese konkrete Niederlage zum Anlass nahmen, um überhaupt das Konzept eines bewaffneten Kampfes in der Türkei als absurd abzutun und nicht mehr zu diskutieren. Das war bis zum bewaffneten Kampf der kurdischen Genossinnen und Genossen weitgehend in großen Teilen der erstarkenden Bewegung der proletarischen Klasse in der Türkei deutlich die vorherrschende Meinung, auch wenn es eine Reihe von kleinen Gruppen gab, die durch die aktive Durchführung und Teilnahme am bewaffneten Kampf diese reformistische revisionistische These vom angeblich möglichen „friedlichen Weg“ bekämpft haben.

☆☆☆

Der revolutionäre Kampf und das Werk Ibrahim Kaypakkayas sind also verbunden mit dem Kampf gegen den türkischen Nationalismus, für die Solidarität mit der

kurdischen Bevölkerung und steht gerade auch dafür, alle Fragen der nötigen theoretischen und programmatischen Arbeit und alle Fragen der Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Kampfes ernst zu nehmen.

Für Genosse Kaypakkaya war der Aufbau einer starken kommunistischen Partei, auf illegaler Basis, ohne auf legale Arbeit zu verzichten, die vorrangige Aufgabe. Diese Aufgabe war eng mit dem Kampf für programmatische Klarheit im Kampf gegen Reformismus und Revisionismus in den eigenen Reihen sowie bei anderen Organisationen verbunden. Für Genosse Kaypakkaya war klar, dass der Kampf für die Einheit der kommunistischen Kräfte in der Türkei, nur möglich ist durch eine harte theoretische und politische Auseinandersetzung.

**Quellen**

- 1 Ibrahim Kaypakkaya, Kritik am Programm der TIHKP, in: Ibrahim Kaypakkaya, Programmatische Dokumente 1971-72: Kritik am Programmentwurf der TIHKP – Über den Kemalismus – Die nationale Frage in der Türkei, Köln 2013, S. 19/20
- 2 Gemeint ist hier die Zeit seit Bestehen der türkischen Republik nach dem Sieg im nationalen Befreiungskrieg gegen die imperialistische Besetzung nach dem ersten Weltkrieg.
- 3 Kritik am Programm der TIHKP, in: Programmatische Dokumente 1971-72, S. 39
- 4 Ansichten über den Kemalismus, in: Programmatische Dokumente 1971-72, S. 94.
- 5 Stalin, Eine Besprechung mit Studenten der Sun Yat-sen-Universität, 1927, Stalin-Werke Band 9, S. 223.
- 6 Ansichten über den Kemalismus, in: Programmatische Dokumente 1971-72, S. 115.
- 7 Ansichten über den Kemalismus, in: ebd., S. 109.
- 8 Die nationale Frage in der Türkei, in: ebd., S. 176.
- 9 Die nationale Frage in der Türkei, in: ebd., S. 204.
- 10 Allgemeine Kritik am Safak(Aydinlik)-Revisionismus, Frankfurt 1978, S. 132.
- 11 Aydinlik war die legal herausgegebene theoretische Zeitschrift der TIHKP-Opportunisten
- 12 Allgemeine Kritik am Safak(Aydinlik)-Revisionismus, S. 10.
- 13 Mao Tse-tung, Strategische Probleme des revolutionären Krieges, 1936, Auagewählte Werke Band I, S. 262, zitiert in: Allgemeine Kritik des Safak(Aydinlik)-Revisionismus, S. 84

